

INTERVIEW MIT ALT BUNDESRÄTIN

RUTH DREIFUSS

«Es war immer ein Kampf.»

Das Interview führten Pascal Coullery und Walter Schmid.

Sie wollten ja schon früh Sozialarbeiterin werden. Weshalb hat Sie damals die soziale Frage bewegt? Soziale Arbeit war damals ein Frauenberuf und damit eine der Möglichkeiten für Frauen, beruflich voranzukommen. In unserer Klasse waren nur drei Männer, und das war schon eine kleine Sensation. Ich hatte schon ein Handelsdiplom und wollte mich weiterentwickeln. Meine Mutter war Sekretärin und arbeitete im International Rescue Committee, einer amerikanischen Flüchtlingsorganisation. Dort hat sie auch sozialarbeiterische Aufgaben übernommen und hat vor allem mit Ungarnflüchtlingen, darunter viele Jugendliche, gearbeitet. Beides hat eine Rolle gespielt, meine Mutter und mein Wille, mich weiterzuentwickeln in einem Gebiet, das Frauen offen stand.

Was hat die Soziale Arbeit damals bewegt? Ich spreche nun von den Jahren 1959/1960. Vom Berufsbild her fielen diese Jahre natürlich in eine Scharnierzeit für die Soziale Arbeit: Bis damals war das Case Work, die individuelle Betreuung, das Wichtigste. Zu dieser Zeit kam aber das Community Work dazu, ein Begriff aus Amerika und Kanada. So beschäftigte die Soziale Arbeit die grosse Frage, ob sie sich mit Einzelfallarbeit begnügen oder ob sie sich den gesellschaftlichen Fragen und dem Empowerment zuwenden sollte. Gleichzeitig, und für mich sehr wichtig, war es auch eine Scharnierzeit in der Psychiatrie mit dem Übergang von der klassischen einrichtungsorientierten Psychiatrie – es war in der Schweiz die Zeit der grossen psychiatrischen Kliniken – zu einer offeneren Psychiatrie, die andere Möglichkeiten bot, Menschen mit psychischen Schwierigkeiten in die Gesellschaft zu integrieren. Das war auch die Zeit, in der es die ersten Psychopharmaka

gab und damit auch neue Möglichkeiten, um vom bisherigen Zwangsregime in der Psychiatrie wegzukommen.

Kurz gesagt: Vieles war damals in verschiedenen Bereichen im Wandel. Es war eine Vorreiterzeit für die Befreiungsbewegungen, welche in den 1960er-Jahren sichtbar, aber erst in den 1980er-Jahren umgesetzt wurden.

Die Befreiungsbewegung kam erst später, aber die fachlichen Grundlagen wurden offenbar früher gelegt. Wahrscheinlich kamen die Dinge parallel. Aber bei uns hat es schon anfangs der 1960er-Jahre begonnen.

Dann sind Sie in eine spannende Zeit hineingekommen. Ich bin dann ja 1967 an die Uni gekommen. Auch das war eine spannende Zeit. Ich habe eigentlich immer spannende Zeiten erlebt und kaum etwas verpasst. Im Bundesrat war es ja auch so. Das war auch eine Umbruchzeit mit den Sozialversicherungen. Auch in der Bildungs- oder Umweltpolitik war es eine Zeit der Reformen.

War denn Genf ein besonders spannender Ort? Genf führte diese Diskussionen sehr aktiv, weil wir verschiedene Dozenten hatten, die das neue Denken aus Kanada mitbrachten. Und in der Psychiatrie war es die Zeit, als sich die Einrichtungen öffneten, und zwar in beide Richtungen. Wir haben auch mitgeholfen, eine starke Patientenbewegung aufzubauen. Sie hat zur vermutlich ersten Patientenorganisation in der Schweiz geführt. Ein Todesfall in einer Anstalt hatte das öffentliche Bewusstsein geweckt und der Entwicklung Schub verliehen. Ja, Genf war ein spannender Ort in dieser Zeit.

1967 sind Sie an die Uni gegangen. Warum nicht in die Soziale Arbeit? Ich habe die Ausbildung als Sozialarbeiterin interessant gefunden. Aber ich habe mich nicht wohlgefühlt in diesem Beruf, weil die Diskussionen zwar spannend waren, doch die Möglichkeiten, in Community Work aktiv zu werden, waren sehr beschränkt. Man blieb im Wesentlichen in der individuellen Fallarbeit und versuchte, den Menschen mit individuellen Massnahmen zu helfen. Entscheidend war auch meine Erfahrung im Praktikum: Dieses machte ich bei der Vormundschaft. Die Gewaltausübung, die man dort erlebt,

habe ich nicht ertragen und nur schwer verdaut. Ich hatte dann auch rasch die Möglichkeit, als Journalistin zu arbeiten, sodass ich nach den zwei Jahren das Studium in Sozialer Arbeit abgebrochen habe. Ich hätte noch eine Diplomarbeit schreiben müssen und ich wusste damals schon, dass es nicht mein Beruf war. Warum war es nicht mein Beruf? Weil ich die Schwierigkeit sah, dass es die Institutionen, die es aus meiner Sicht wirklich brauchte, schlicht nicht gab – etwa für einige der Kinder, die ich begleitend betreut hatte. Da gab es keine sinnvollen Hilfen. So wurde ich in diesem Zeitpunkt auch politisiert. Ich war überzeugt, dass es politische Reformen brauchte und dass das wirtschaftliche Umfeld auch wesentlich das Schicksal der Menschen bestimmt. Deswegen wollte ich zuerst Volkswirtschaft studieren.

Welche gesellschaftlichen Visionen standen damals im Raum?

Die Lücken der Sozialpolitik waren damals so gravierend, dass es nicht grosse Visionen brauchte. Die Arbeit lag gewissermassen auf der Hand. Das KVG gab es nicht, die ALV auch nicht. Zu dieser Zeit hatten wir aber schon im Freundeskreis die Grundsätze für eine Krankenversicherung verfasst und publiziert. Es galt damals auch noch das längst überholte Heimatprinzip in der Sozialhilfe, sodass Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in die Heimatgemeinden geschickt wurden, wohin sie keinerlei Bezug hatten, oft auch, wenn die Leute schon zwei Generationen in Genf gelebt hatten.

Es gab in verschiedenen Bereichen schlimme Beispiele. Geblieben ist mir der Fall eines achtjährigen Knaben, der unter Epilepsie litt. Er hatte schon in verschiedensten Pflegefamilien gelebt, als ich ihn betreuen durfte. Er war cholerisch, was teils mit der Krankheit zu tun hatte. Er war Bettnässer und hatte eine lange Geschichte von Misserfolgen in den menschlichen Beziehungen hinter sich. Ich musste ihn nach Lavigny in eine Anstalt für schwerste erwachsene Epileptiker bringen. Das hat mir das Herz gebrochen. Und es gab nichts anderes. Das war grauenhaft. In diesem Sinn lagen die Aufgaben auf der Hand, gab es noch viel zu tun. In irgendeiner Art wollte ich aktiv werden. Damit es mehr Wahlmöglichkeiten gibt, damit jeder die Möglichkeit hat, das zu finden, was er wirklich braucht. Gleichzeitig habe ich Freiwilligenarbeit in der Psychiatrie geleistet, das hat mich sehr interessiert.

Wenn es eine Vision gab, dann sicher die Vision eines staatlich organisierten Auffangnetzes, so engmaschig wie möglich, damit es den verschiedensten Situationen entspricht. Es geht um den Schutz gegen Armut und Isolation. Gleichzeitig gehört dazu das Empowerment, das heisst kulturelles Leben, Ausbildung und Integration. Die Vision ist, dass Menschen Zukunftspläne – «projets de vie» – schmieden und realisieren können. Entweder aus eigener Kraft oder mithilfe der Gemeinschaft.

Waren das die Einsichten, die Sie von der Sozialarbeit in die Politik geführt haben? Und war für Sie klar, dass die SP der Ort sein würde? Die SP war eigentlich die einzige Partei, die sich hier anbot. Die PdA war es nicht. 1956 wusste man schon alles über Stalin. Ich war schon als Teenager in einer Bewegung für Dissidenten im Osten. Die PdA kam deshalb nicht infrage.

Anknüpfend bei der Vision: Welche Vision hat Sie als Bundesrätin geleitet? Auch die Möglichkeiten eines Mitglieds des Bundesrates sind beschränkt, das Legalitätsprinzip zwingt uns einen gewissen Rahmen auf. Für mich standen deshalb die Sozialversicherungen im Zentrum. Da gab es noch viel zu tun, wobei vieles schon mein Vorgänger, Bundesrat Flavio Cotti, in die Wege geleitet hatte. Ich muss kurz zurückblenden auf meine Tätigkeit als Zuständige für Sozialpolitik im Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Ich war schon vor meiner Zeit im Bundesrat aktiv bei zwei wichtigen Vorlagen, dem KVG und der 10. AHV-Revision. Beim KVG war mein Vorgänger Fritz Leuthy die treibende Kraft in der Expertenkommission Schoch, die das neue KVG weitgehend entwickelt hatte, wobei der Vorschlag, die Prämienbelastung auf einen bestimmten Prozentsatz des Einkommens zu beschränken, leider nicht durchkam. Ich kam erst am Ende des parlamentarischen Prozesses in den Bundesrat. Wobei: Bei solchen Werken ist die Umsetzung oft schwieriger als die Formulierung des Gesetzes selber. Das hat mir dann auch viel Kraft und Arbeit abverlangt.

Beim zweiten Gesetz, der 10. AHV-Revision, war meine Vorarbeit eigentlich wichtiger: Das Projekt von Bundesrat Flavio Cotti war ein sehr unbefriedigendes Paket, weil es noch am alten Familienbild festhielt. Die Vorlage war eine Art Zweit-

ter, weil Flavio Cotti zwar gute Ideen hatte, das traditionelle CVP-Familienbild aber nicht abstreifen konnte. Auch beim SGB gab es am Anfang keine Begeisterung für die Anliegen der Frauen. Da herrschten noch die alten Gewerkschafter, sodass mein erster Kampf innerhalb des SGB stattfand zwischen den Feministinnen und den traditionellen Gewerkschaftern. Ich kämpfte mit anderen Frauen wie Christiane Brunner oder Gret Haller auf der Seite der Feministinnen. Wir konnten dann verhindern, dass es einen Abbau der Leistungen gab, ausser der Erhöhung des Rentenalters.

War es ein glücklicher Zufall, dass Sie Sozialministerin wurden, oder hätten Sie sich auch zum Beispiel im Justizministerium wohlfühlt? Nein, ein Zufall war es nicht, aber es ist glücklich herausgekommen: Zwei Bundesräte stritten sich um ein Departement und ich war die lachende Dritte. Nochmals: Flavio Cotti hatte gute Ideen und ein soziales Gewissen, er war nicht gegen Frauen. Er war ein interessanter Typ, ich konnte viele seiner Ideen weiterentwickeln. Die Zeit war reif für viele Veränderungen. Natürlich, ein KVG kann immer scheitern. Es wäre nicht das erste Mal gewesen. Dasselbe galt für die 10. AHV-Revision. Natürlich brauchte es dann den Kampf, um das alles umzusetzen, zum Teil auch in Volksabstimmungen. Aber es war so viel im Argen. Es gab so viele Baustellen, die verwaist waren. Oder Projekte, die nicht erfolgreich umgesetzt wurden, sodass ich da etwas ernten konnte.

War es ähnlich wie heute mit der Altersreform 2020? Es war damals eine spannende Zeit im EDI. Es gehörten ja neben den Sozialversicherungen auch die Bildung dazu, die Forschung, die Universitäten. Das war natürlich auch ein Plus für die Gesundheitspolitik. Alles hat sehr gut zusammengespielt, inklusive Umweltfragen, die in die Sozialpolitik hineinspielen. Es war ein Departement des täglichen Lebens, wie ich es einmal nannte. Aber jetzt muss auch wieder etwas geschehen nach zwanzig Jahren Blockade in der Altersvorsorge.

Sie haben all die Lücken gesehen und haben den Sozialstaat noch ausbauen können, dann kam aber eine Gegenbewegung, die dem Sozialstaat Grenzen setzte. Sind Sie auch

hier an einer Umbruchstelle gewesen? Die Gegenbewegung war immer da. Es kam dann im Sinn eines Ausbaus immerhin noch die Mutterschaftsversicherung. Ein Übergang war es sicher, aber nicht, weil ein Ausbau nicht mehr nötig gewesen wäre. Auch heute besteht Handlungsbedarf. Das KVG ist immer noch eine Baustelle, bei der AHV ist nichts mehr gegangen. Bei der IV ist es besonders dramatisch. Bei der 4. IV-Revision habe ich im Kleinen noch Fortschritte erreicht, zum Beispiel die Assistenzentschädigung oder kleine Verbesserungen für Kinder mit Geburtsgebrechen. Grosse Diskussionen gab es rund um die psychischen Leiden und um die Berücksichtigung des Schmerzes. Alles das waren meine Anliegen. Und sie wurden bekämpft, richtig erfolgreich aber erst, als ich nicht mehr im Bundesrat war. Warum sie bekämpft wurden, weiss ich eigentlich nicht.

Die 1990er-Jahre waren auch die Zeit der Drogenpolitik. Das war auch eine spannende Zeit – sowohl sozialpolitisch als auch gesundheitspolitisch. Da hat es doch Fortschritte gegeben. Wenn die Leute wenigstens so weit stabilisiert werden konnten, dass sie Beziehungen hatten und ein menschenwürdiges Leben führen konnten, war das schon ein Erfolg. Wir waren in der Drogenpolitik erfolgreich, politisch und in der Gesundheit. Aber im Sozialen waren wir weniger erfolgreich als beispielsweise die Skandinavier, die in diesem Bereich mehr erreicht haben. Bei AIDS könnte man dasselbe sagen. Wir waren politisch erfolgreich, und auch vom Gesundheitsaspekt her gesehen. Wenn ich von politischem Erfolg rede, meine ich nicht nur Gesetze und Verordnungen, sondern dass auch die Zusammenarbeit mit den betroffenen Gruppen gut funktionierte. Politik kann nicht am Schreibtisch in Bern gemacht werden, sondern nur mit den Menschen. Ich habe diese Kooperation als Theorie der Politik entwickelt. Man muss die Zusammenarbeit suchen.

Sie hatten den Widerstand erwähnt gegen die Schliessung von Lücken in der sozialen Sicherung. Haben Sie einmal den Eindruck gehabt, dass es gekippt ist und die Bereitschaft, soziale Sicherung zu gewährleisten, in der Bevölkerung nicht mehr vorhanden war? Ich habe es nicht als ein Kippen erlebt – es war immer ein Kampf. Natürlich sind meine Vorlagen nicht

zu 100 Prozent so herausgekommen, wie ich sie mir gewünscht habe. Es waren immer Kompromissergebnisse. Aber im Grossen und Ganzen war der Widerstand zu brechen. Es waren immer wieder Menschen zu finden, mit denen man Allianzen über die Parteigrenzen hinweg schmieden konnte – oft dank gemeinsamer Erfahrungen oder Sensibilitäten von Frauen. Im KVG zum Beispiel waren die Positionen zunächst klar, aber als es zur Abstimmung kam, bröckelten die Blöcke. Ich hoffe, dass dies nun auch bei der Altersvorsorge 2020 so sein wird.

Welche Kräfte haben heute Einfluss darauf, dass wir in der Sozialpolitik nur schwer vorankommen, dass es nicht mehr gelingt, den Sozialstaat zu stärken? Der Gegensatz zwischen Sparen und Ausbauen bzw. Füllen der Lücken ist heute ein Dauerthema. Meine bittere Erfahrung bei der IV war, dass es eine Taktik gewisser politischer Kreise ist, solche Institutionen finanziell möglichst in ein Defizit zu treiben, um danach einen Abbau rechtfertigen zu können. Bei der IV war das am klarsten. Schon Flavio Cotti versuchte die Leistungen der IV zu verbessern und er scheiterte wie ich später auch. Es ist jetzt dasselbe mit der AHV. Man will diese in ein Defizit treiben. Das ist sonnenklar. Das war und ist die Strategie gewisser Kreise und diese Tendenz hat sich durch die Wahlen politisch verstärkt.

Und nochmals: Bei der IV finde ich es dramatisch. Dort kann man sofort sparen. Die Mehrwertsteuer diene ja nur dazu, die Schulden der IV bei der AHV zu bezahlen. Kein Franken mehr an Leistung wurde ausgezahlt. Ich habe Fälle von Menschen gesehen, die AIDS-krank waren, die während 15 Jahren zwischen Leben und Tod standen, die man dank der IV stabilisieren konnte. Denen hat man vor drei Jahren mitgeteilt, dass es heute ja Medikamente gibt: «Jetzt kannst du ja wieder arbeiten, mein Lieber, wir streichen dir die Rente.» Das ist dramatisch. Und was bei den EL noch kommt, könnte auch dramatisch werden. Ob die Leistungen dann, trotz Verfassungsauftrag, noch genügen fürs Leben, ist unsicher.

Heute haben sich mit den populistischen Strömungen und Argumentationsketten die Gewichte verlagert. Rechts hat Zulauf von links und aufgeklärte Rechte treten für eine pragma-

tische Sozialpolitik ein. Das ist eine schwierige Frage und ich weiss nicht, ob sie richtig gestellt ist. Vereinfacht gesagt: Das Volk stimmt für ausgewogene Pakete Ja und für unausgewogene Nein. Das habe ich x-mal erlebt. Natürlich gibt es einen kleinen Bonus, wenn eine Vorlage von der Regierung und dem Parlament kommt. Eine wichtige Rolle spielen jedoch Vertrauenspersonen. Ich kann nicht sagen, dass die Situation jetzt gekippt ist. Vielleicht ist sie schon früher gekippt. In den 1990er-Jahren konnten wir noch ernten, was in der Hochkonjunktur der 1980er-Jahre angelegt worden war.

Aber es war immer ein Kampf. Ich habe nicht eine Zeit erlebt, wo man sagen konnte: Ja, es war leicht möglich. Doch heute ist vielleicht noch mehr Widerstand dazugekommen. Man kann sich fragen, warum sich die politische Parteienlandschaft verändert hat. Diese Veränderung fällt nicht unbedingt mit den Abstimmungsergebnissen zusammen.

Wir erleben, dass es oft die ärmere Bevölkerung ist, welche die rechtspolitischen Positionen übernimmt und sich kritisch zum Sozialstaat äussert. Ist das nicht frustrierend? Die Menschen erleben den Staat nicht nur als Wohltäter – sei es wegen schlechter Erfahrungen oder weil sie Leute mit schlechten Erfahrungen kennen, sei es, weil sie nicht verstehen, weshalb der Staat so handelt. Der Staat hat ja viele Gesichter und nicht alle sind gleich strahlend und lächelnd. Ich habe oft vom «monstre froid» gesprochen. Und in diesem Sinn, wenn ich an die Debatte zum Kindes- und Erwachsenenschutz denke oder an meine nur kurze Erfahrung bei der Vormundschaft oder an das, was ein IV-Bezüger, eine Sozialhilfebezügerin erfahren, so kann man diese Ablehnung durchaus verstehen. Es ist nicht angenehm, arbeitslos oder behindert zu sein, es ist nicht schön, solches zu erleben. Ich erinnere mich an den Fall eines Mannes, der eine klare Prognose hatte, blind zu werden. Er wollte die Zeit des schwindenden Augenlichts nutzen, um sich umschulen zu lassen. Er hatte ein «projet de vie». Geh zur IV mit einem «projet de vie»! Das war nicht möglich. Er scheiterte an den Paragraphen. Er erhielt keine Hilfe. Oder andere Leute, die eine Ausbildung wollten. Die IV konnte beispielsweise niemanden unterstützen, der nach der Massnahme allenfalls mehr verdient hätte als vorher.

Es ist Aufgabe der Politik, solche Zustände zu ändern. Ich habe auch den Eindruck, dass die Sozialarbeitenden heute weniger Freiheit haben, zu entscheiden. Sie müssen viel eher den Reglementen genügen, als die optimale Lösung für die Menschen zu suchen. Das belastet auch den Beruf.

Gibt es Trends und ideologische Veränderungen, die Sie wahrnehmen? Ja, natürlich. Die werden auch politisch ausgeschlachtet. Ich denke an das ominöse Wort des Missbrauchs. Ich hatte es in den 1990er-Jahren weniger gehört als heute. Inzwischen stehen alle unter dem Verdacht des Missbrauchs: die Flüchtlinge, die IV-Rentnerinnen, die Sozialhilfebezügler, die Arbeitslosen. Ich will den Missbrauch sicher nicht schönreden, man darf die Systeme nicht ausbeuten. Aber ein soziales System, das jeden Missbrauch verhindern möchte, ist nicht mehr ein soziales System. Man muss damit leben können, dass ein kleiner Prozentsatz von Missbrauch besteht. Sparmassnahmen und Missbrauchsdebatte sind politisch geschürt und prägen erfolgreich die politische Diskussion. Das war früher nicht so der Fall.

Dann gibt es noch etwas, das in dieselbe Richtung geht: Eigenverantwortung und Selbstverschulden. So sollen Raucher oder Übergewichtige höhere Krankenversicherungsprämien bezahlen, oder bei einem selbst verschuldeten Unfall soll die IV-Rente massiv gekürzt werden. Wovon sollen die Menschen dann noch leben?

Es gibt aber auch Gegenbeispiele und ich bin gespannt, wie die Abstimmung vom 24.9.2017 zur Altersvorsorge 2020 ausfallen wird. Ich wette auf ein doppeltes Ja. Denn gerade die AHV ist ein Paradebeispiel von Solidarität und die Leute hängen an der AHV. In all den vergangenen Jahren konnte man sagen, etwas sei gut für die AHV, dann ging es durch. Eine Schwächung der AHV wurde stets abgelehnt. Die AHV ist sehr solidarisch. Man kann also nicht sagen, die Menschen seien nicht solidarisch. Aber die Polemik zum Missbrauch und zum Selbstverschulden hat das Klima vergiftet. Und dieses Gift hat sich ausgebreitet. Das war in den 1990er-Jahren nicht so stark der Fall.

Was ist die Konsequenz dieser Entwicklung? Man muss weiterkämpfen? Natürlich muss man weiterkämpfen! (lacht)

Zurück zur Sozialhilfe: Warum gibt es keine Bundeslösung, kein Rahmengesetz? Es gibt Widerstand, dem Bund mehr Aufgaben zu übertragen. Ob die Kantone aber noch sehr lange auf ihrer Kompetenz beharren? Ich bin da nicht so sicher. Je mehr die Kantone bezahlen müssen, desto mehr werden sie sich vielleicht für eine Bundeslösung erwärmen. Für mich ist die Geschichte noch nicht zu Ende. Es gab mit dem Neuen Finanzausgleich Rückschritte, weil die Grundidee war, Leistungen, die eine gewisse Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern aufweisen, bei den Kantonen zu belassen, so etwa die Pflegeheimkosten der EL. Es gibt auch Gegen Trends, wie zum Beispiel bei der Harmonisierung der Kinderzulagen oder beim Kindes- und Erwachsenenschutz. Diese Gegenbewegung wurde jedoch in der Deutschschweiz schlecht aufgenommen; in der Romandie ist sie kein Problem.

Für mich ist die Kompetenzaufteilung in der Sozialhilfe zwischen Bund und Kanton noch in Bewegung. Das Heutige wird nicht immer so bleiben.

Wo sehen Sie die Herausforderungen des Sozialstaates? Kann der Sozialstaat noch die richtige Lösung sein, etwa angesichts der Digitalisierung? Wie sich der Strukturwandel, den die Digitalisierung mit sich bringt, konkret auswirken wird, wissen wir noch nicht. Das Problem ist, dass man mit der Kausalität der Sozialversicherungen an Grenzen stösst. Grundsätzlich gibt es in der Sozialpolitik drei Möglichkeiten für eine Leistung:

Die Leistung kann zum einen bedarfsorientiert sein. Das bedingt Abklärungen, Kontrollen und Transparenz aufseiten des Empfängers. Das kann die Privatsphäre tangieren. Bedarfsorientierte Lösungen können durchaus sinnvoll sein. Sie könnten allerdings mehr in eine vertragliche Richtung gehen, etwa im Bereich der Ausbildung. Hier sind noch positive Entwicklungen und ein Ausbau möglich, weil man damit Menschen ermöglichen kann, ihre Lebensprojekte zu realisieren. Aber das ist individuell, wie etwa bei FORJAD im Kanton Waadt (Formation pour Jeunes Adultes en Difficulté).

Zweitens gibt es die Möglichkeit, an bestimmte Ursachen und Ereignisse (wie Alter, Arbeitslosigkeit oder Invalidität) anzuknüpfen und zu sagen: Wenn dieses Ereignis eintritt, führt dies zu Leistungen, und zwar ohne den Bedarf im Einzelfall abzuklären. Das ist der Fall der Sozialversicherungen.

Und dann gibt es als dritte Möglichkeit Modelle wie das bedingungslose Grundeinkommen. Ich bin froh, dass es vor zwei Jahren diese Diskussion zur Volksinitiative zum bedingungslosen Grundeinkommen gegeben hat. Und ich bin auch froh, dass gewisse Staaten oder Teilstaaten wie Finnland und Ontario das Modell testen. Ich meine, diese Diskussion wird sich nicht einfach vom Tisch wischen lassen. Vermutlich aber wird es zu gewissen Kombinationen kommen. Das Grundeinkommen darf jedoch nicht als alleiniges Programm betrachtet werden. Ich könnte mir vorstellen, dass das Grundeinkommen eine Art Grundsockel wäre, auf dem man dann die beiden anderen Instrumente aufbauen könnte.

Braucht es eine Pflegeversicherung? Nein. Das Pflegerisiko ist heute gut abgedeckt. Wir haben die Kombination von AHV, Ergänzungsleistungen, Krankenversicherung und Finanzierung der öffentlichen Hand. Ich sehe da keinen Bedarf. Es ist einmal mehr so: Wer das vorschlägt, will häufig die Solidarität angreifen. Solidarität bedeutet, dass alle Menschen unabhängig von ihrem individuellen Risiko gleich behandelt werden. Sobald man sagt, diese Gruppe soll für sich schauen, bricht man die Solidarität. Und genau das tun diejenigen Kreise, die etwa eine Pflegeversicherung für Personen über fünfzig Jahre verlangen.



Ruth Dreifuss, geb. 1940, alt Bundesrätin, wohnhaft in Genf. Besuch der Ecole d'études sociales und der Universität in Genf. Studium der Wirtschaftswissenschaften. Unter anderem war sie journalistisch tätig und Referentin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, bevor sie 1993 in den Bundesrat gewählt wurde. 1999 war sie die erste Frau, die in der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Präsidentin gewählt wurde. Bis zu ihrem Rücktritt 2002 stand sie dem Departement des Innern vor. In ihre Zeit fiel insbesondere das Inkrafttreten des KVG.